

Afrin: Nicht nur ein kurdischer Kampf



Für Kurd*innen alles andere als ein Fremdwort: Die Gleichberechtigung der Geschlechter. (Foto: dpe)

Seit über einer Woche führt das türkische Militär mit der Freien Syrischen Armee (FSA) einen Angriffskrieg auf die Enklave Afrin in Nordsyrien durch. Afrin liegt in Rojava, ein größtenteils von Kurd*innen selbstverwaltetes Autonomie-Projekt, das dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan ein Dorn im Auge ist. Eine unrühmliche Rolle spielt die Bundesregierung, die wegen ihrer wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Türkei die Kurd*innen in Deutschland kriminalisiert. Das trifft auch Studierende der Universität Duisburg-Essen (UDE).

Ezda Mêrin ist Studentin an der UDE und Mitglied bei YXK, dem Verband der Studierenden aus Kurdistan. In Duisburg-Essen betreut sie seit einigen Jahren einen Ortsverband der Organisation und reiste, wie viele andere ihrer kurdischen Freund*innen, am Samstag, 27. Januar, nach Köln. Dort hatte das Demokratische Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland (NAV DEM) zu einer bundesweiten Demo aufgerufen, um Solidarität mit der Bevölkerung in Afrin auszudrücken. „Das, was in Nordsyrien gerade passiert, ist ein Angriff auf die dort lebenden Völker. Da werden nicht nur Kurden angegriffen, sondern verschiedene religiöse und ethnische Gemeinschaften“, erklärt Mêrin gegenüber der aktuell.

Solidarität erfahren die Kurd*innen und assyrisch/aramäischen Minderheiten in der Region vom Bund der alevitischen Studierenden in Deutschland (BDAS). Cem Özcan ist Co-Vorsitzender des Verbandes und erklärt der aktuell die Gründe: „Wir finden das völkerrechtswidrig. Einfach dort einzumarschieren mit dem Vorwand, man wolle Terroristen bekämpfen, obwohl das Gebiet von der YPG/YPJ verwaltet wird, finden wir falsch.“ Es gehe auch darum, dass Alevit*innen und Kurd*innen Minderheiten aus der Türkei seien: „Wir wurden immer benachteiligt und werden unterdrückt. Für uns als Aleviten ist es ein Teil

unserer Glaubensgemeinschaft, dass wir uns mit Menschen solidarisieren, die unterdrückt werden.“

Für Frieden und Freiheit wollten die 20.000 überwiegend kurdischen Menschen am Samstag in Köln demonstrieren, die der PKK nahe stehen. Die Organisation ist seit April 2004 in der EU als Terrororganisation eingestuft, weil sie in verschiedenen Ländern und im Besonderen in der Türkei Anschläge verübt hatte. In den vergangenen Jahren hat die Partei durch neue Schriften von Abdullah Öcalan eine umfassende Reform durchgeführt und befand sich bis zum März 2015 in Friedensgesprächen, bis Erdoğan die Einigung aufkündigte. In der Bundesrepublik haben die Kurd*innen mit einer zunehmenden Kriminalisierung zu kämpfen, wie Mêrin aus eigener Erfahrung weiß. Sie ärgert sich darüber, dass die Demonstration von der Kölner Polizei aufgelöst wurde, weil es in Deutschland verboten ist, Abbildungen des PKK-Anführers Öcalan zu zeigen. „Ich kann nicht verstehen, was das für eine Gefahr sein soll, dass Bilder von diesem Menschen gezeigt werden, der seit Jahren in Isolationshaft sitzt und nicht mal seine Familie sehen darf“, kritisiert sie.

„Das Denken in den Köpfen der Menschen verändern“

An die Bundesrepublik hat Mêrin eigentlich andere Erwartungen: „Wir verlangen, dass die BRD klar Stellung gegen den Krieg bezieht“. Das wünscht sich auch Özcan: „Die Demokratie ist unser Wertmaßstab und daran darf nicht gerüttelt werden.“ Unterstützung in ihren Aussagen finden die beiden auch vom Politikwissenschaftler Ismail Küpeli, der von Deutschland erwartet, „den Angriffskrieg der Türkei zu verurteilen“. Über den UN-Sicherheitsrat müssten die Staaten die Türkei zu einem sofortigen Ende der Offensive drängen, so Küpeli.

In der Kritik des Wissenschaftlers stehen zudem die fortlaufenden Rüstungsexporte der Bundesrepublik: „Es müsste ein tatsächlicher Stopp der Rüstungsexporte erfolgen und nicht, wie jetzt be-

Angst in der Mensa



Nicht alle Menschen fühlen sich in der Mensa wohl. Wie sie mit ihrem Unbehagen umgehen, lest ihr auf **Seite 4**.

Lebensgefahr in Afghanistan



Terroranschläge erschüttern Afghanistan. Wie Geflüchtete gegen Abschiebungen protestieren, lest ihr auf **Seite 7**.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

schlossen, ein Aufschieben um ein paar Wochen.“ Özcan mahnt ein grundsätzliches Problem an. Generell sollten Waffenlieferungen nicht an un-demokratische Staaten gesendet werden. Auch für Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) hat er kein Verständnis: „Wie er sich in der Vergangenheit verhalten hat, vor allem als er dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu Tee eingeschenkt hat, ist eines Außenminister nicht würdig.“

Ein friedliches Miteinander scheint nach dem Angriff auf Afrin in noch weitere Ferne gerückt zu sein. Zwar könne es sein, dass die YPG und YPJ das türkische Militär und die FSA zurück schlägt, so Mêrin, eine Lösung des Konflikts sei das aber nicht. So sieht es auch Özcan, der sagt, dass es keine militärischen Lösungen geben könne: „Wir wollen, dass man sich an einen Tisch setzt.“ Mêrins Wunsch für die Zukunft ist es, dass die Kriminalisierung von kurdischen Menschen in Deutschland ein Ende hat. Denn selbst die YXK kämpft seit Jahren damit, überhaupt öffentlich präsent sein zu dürfen. Eine Lösung, um friedlich leben zu können, sieht sie nur, wenn auf Augenhöhe und gleichberechtigt miteinander geredet wird: „Es darf sich keine ethnische oder religiöse Gruppe durchsetzen, um eine andere zu unterdrücken. Die Idee ist das Denken in den Köpfen der Menschen zu verändern.“ [dpe]

Mit Nextbike zum Raum der Stille?

Kommentar

Binäres Geschlechterverständnis: Drauf geschissen!

von Lorenza Kaib

Auf das gesamte Leben gerechnet verbringen wir viel Zeit auf dem Klo. Die Zahlen variieren zwischen sechs und neun Monaten. Natürlich wird auch in Lehranstalten regelmäßig organischer Ballast abgeworfen, an vielen Unis und so ziemlich den meisten Schulen strikt nach Geschlechtern getrennt. Doch es geht auch anders: Am 23. Januar verkündete etwa der AStA der Universität Bielefeld freudig auf Facebook: „Endlich! Bald! All Genders Toiletten an der Uni Bielefeld! Breaking News: Juhuu. Nächstes Semester wird es vier All Gender Toiletten an unserer Uni geben.“ Die Frage, die manche Studis daraufhin haben könnten, nimmt der AStA vorweg und liefert die Antworten gleich mit: „Warum stellen All Gender Toiletten eine wichtige Veränderung an der Universität dar?“ In seiner Argumentation verweist das studentische Gremium vor allem darauf, dass die geschlechtliche Vielfalt eben nicht bei Mann und Frau aufhört, weshalb eine binäre Einteilung von Toiletten diskriminierend sei und ausschließen könne.

Toiletten für Alle, Tampons und Binden auch auf Herrenklos, Studierendenwerk statt Studentenwerk – bei diesen Themen ist der Shitstorm nie fern. Hater*innen werden von einem Fünkchen Mehr an Gleichberechtigung – beziehungsweise einem Quäntchen weniger Exklusion – angezogen wie Motten vom Licht. „Unnötigste Geldverbrennung und Beschäftigungstherapie für Non-Performer seit langem“, meint so auch vollkommen unüberraschenderweise Facebook-User Alex. Es scheint, dass sich vor allem Männer durch das Abmontieren ein paar heißgeliebter Urinale ordentlich ans Bein gepinkelt fühlen. Gut, dass Jens noch einmal das Weltbild zu-rechtrückt, beziehungsweise festzementiert, dass echte Männer nunmal im Stehen pinkeln – komme, was da wolle: „Die Urinale werden abgebaut! Na, da werden sich die Frauen (darf man(n) das eigentlich noch sagen?) aber freuen, wenn sie zukünftig auf, von Stehpinklern berieselte, Toiletten gehen dürfen. Die tolle neue Weltordnung lässt grüßen.“

Um das stille Örtchen ist es wohl doch nicht so ruhig bestellt, wie gedacht. An der UDE gibt es übrigens auch Wasserklosets für Alle – zurzeit lediglich in den Räumen des AStAs. Liebe UDE, da ist noch was drin! Die Freiheit sollte nicht beim Denken aufhören, sondern insbesondere an der Basis ansetzen – und dazu zählen eben auch Grundbedürfnisse wie eine diskriminierungsfreie Darmentleerung.

Am vergangenen Donnerstag, 25. Januar, tagten zum zweiten Mal nach der StuPa-Wahl im Dezember die Parlamentarier*innen. Uni-Gossip über die Zukunft des nicht funktionierenden Tickets, der zukünftige Raum der Stille und die Kooperation mit Nextbike standen zur Diskussion. Marcus Lamprecht (Grüne Hochschulgruppe) wurde erneut zum AStA-Vorsitzenden gewählt.

Die vermutlich brisanteste Nachricht in dieser StuPa-Sitzung verkündete AStA-Vorsitzende Carlotta Kühnemann (Linke Liste). In einem Treffen mit der Ruhrbahn habe man ihr die Entscheidung mitgeteilt, dass das Semesterticket auf der Chipkarte ab dem 30. September gänzlich nicht mehr funktionieren werde. Dass es künftig nur noch die eine Variante geben soll, wurde ohne die Zustimmung des AStAs beschlossen. Die Parlamentarier*innen waren sichtlich erbost. Den Vertrag zu kündigen, sei aber keine Option: „Schließlich haben wir dann kein Ticket mehr“, sagt Kühnemann recht pragmatisch. Vorerst möchte der AStA das Gespräch mit der Ruhrbahn und KCMarketing suchen. Wenn dieses nichts ergibt, strebe man Proteste an. „Klagen können nur einzelne Studierende, da in der Einschreibeordnung nicht von einer App steht“, sagt Kühnemann.

Abgeschlossen hatte die Vorsitzende ihre Verkündungen noch nicht: Wie die WAZ bereits vergangene Woche berichtete, erwartet die Studis der Universität Duisburg-Essen schon bald an beiden Campus jeweils einen Raum der Stille. Nach sanierungsbedingten Schließungen der muslimischen Gebetsräume im Jahr 2016, plante das Rektorat einen möglichst zentralen und religiös-neutralen Raum an beiden Standorten einzurichten. Gedacht ist das Angebot für Studierende, Lehrende wie auch für Mitarbeitende. In Essen soll ein leer stehender Seminarraum umgestaltet werden – was vermutlich auch der Grund dafür ist, dass dieser Plan schneller abschließend umgesetzt wird. In Duisburg hingegen erwartet die nach Entspannung und Ruhe Suchenden bald ein Container – bis man einen geeigneten Raum gefunden habe. Viel länger als drei Monate möchte man mit deren Umsetzung in Duisburg sowie in Essen nicht warten. Die Kosten dafür werden derzeit auf 20.000 bis 30.000 Euro geschätzt.

Die Öffnungszeiten sind aktuell noch auf 8 bis 18 Uhr angesetzt. „Außerdem sind kollektive Handlungen untersagt, es darf nur geflüstert und keine Gegenstände an den Wänden angebracht werden“, erklärt Kühnemann. Auf die Frage seitens Nadine Bendahou (Internationale Lis-



Struppige StuPa-Sitzungen sind super! (Foto: BRIT)

te), was genau denn kollektives Handeln meint, folgte ein einstimmiges Seufzen im Raum. „Dass man sich dort beispielsweise nicht verabredet. Der Raum ist dafür da, sich alleine zu besinnen“, antwortete Kühnemann geduldig. Die rituelle Waschung in der Nähe des Raumes sei zudem auf dem gesamten Campus verboten. Wie man all diese Vorgaben kontrollieren möchte, das steht noch in den Sternen.

Des Weiteren wurde in der Sitzung Marcus Lamprecht zum AStA-Vorsitz wiedergewählt. Die dafür vermutlich entscheidende Frage kommt aus den Reihen des Präsidiums, um genau zu sein von Fabian Franken (Grüne Hochschulgruppe): „Was ist dein Lieblingstier?“ Lamprecht zögert nicht lange: „Natürlich das Axolotl.“ Für alle, die noch nie von dem spannenden Aquariumbewohner gehört haben: Es sieht ein bisschen aus wie ein Pokémon mit einem wirklich freundlichen Gesichtsausdruck. Letztlich überzeugte Lamprecht die Hochschulpolitiker*innen womöglich dann doch mit seiner knapp fünf Jahre langen AStA-Erfahrung an der UDE. Er wurde mit 20 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen wiedergewählt. In einer hitzigen Debatte unterstellte die Liberale Hochschulgruppe Lamprecht hinsichtlich der universitären Kooperation mit Nextbike einen „wirtschaftlichen Griff ins Klo“. Laut ihrer Rechnungen könnte man 40.000 Euro sparen, wenn es keine Kooperation mit Nextbike geben würde und Studierende stattdessen ihre Rechnungen an den AStA weiterleiten würden. Lamprechts Gegenargument: „Das wäre dann aber ein bürokratischer Großaufwand.“ Die aktuellen Nutzungszahlen von Nextbike liegen bei 83.000 Ausleihen. Wirtschaftlich rentabel sei das Projekt erst, wenn man monatlich auf 10.000 Ausleihen kommen würde – im Jahr also 150.000 erziele. Wirklich Stellung bezieht der AStA-Vorsitzende letztlich nicht: „Ich persönlich bin zufrieden mit den Nutzerzahlen.“

[BRIT]

Im Dialog mit Rassist*innen?

Nachdem an der Ruhr-Universität Bochum (RUB) massig Aufkleber und Flyer der neurechten Identitären Bewegung (IB) aufgetaucht waren, kam es zum hochschulpolitischen Eklat. Der kommissarische AStA-Vorsitzende Simon Lambertz, Liste der Naturwissenschaftler und Ingenieure, (NAWI) würde mit den Rassist*innen das Gespräch suchen. Dafür bekam er harsche Kritik.

Die Flyer und Aufkleber der IB wurden rasch entsorgt, bestätigt RUB-Pressesprecher Jens Wylkop gegenüber der aktuell. Die hochschulinterne Diskussion aber geht weiter. AStA-Vorsitzender Lambertz sprach mit der WAZ über die rechten Umtriebe an der Universität und wie er diesen begegnen würde. „Ich würde mich mit denen an einen Tisch setzen, mir Argumente anhören, diskutieren und vielleicht ein Umdenken anregen wollen“, zitierte ihn die Zeitung. Wenige Tage und viele wütende Kommentare später veröffentlichte der AStA eine Stellungnahme, in der die Berichterstattung der WAZ als verzerrend bezeichnet wird. Schließlich positionierte sich der AStA klar gegen extrem rechtes Gedankengut und lehnte es ab, dass solcherlei Gruppierungen auf dem Campus Fuß fassen. „Während des Interviews hat der AStA-Vorsitzende auch seine persönliche Meinung mit in die Antworten einfließen lassen und es dabei versäumt, seine persönlichen Standpunkte von denen des AStAs klar zu differenzieren“, heißt es in der Stellungnahme.

Die Juso Hochschulgruppe Bochum (Juso HSG), die gemeinsam mit der Internationalen Liste, der Studierenden der Rechtswissenschaft (ReWi), der Liste für Geistes-, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften Bochum (GeWi) sowie der NAWI die noch amtierende AStA-Koalition bilden, kritisieren auf Anfrage der aktuell Lambertz Alleingang: „Die vom AStA-Vorsitzenden getätigte Aussage spiegelt nur seine private Meinung wieder und wurde, gegen die Praxis, nicht mit dem Vorstand abgesprochen.“

Ein Campus ohne Rechtsextreme

Auch aus anderen AStA-tragenden Listen regt sich scharfe Kritik an den Aussagen Lambertz. „Wir, die internationale Liste, sowie weitere Listen des AStA und der Opposition, haben leider feststellen müssen, dass der derzeitige AStA-Vorsitzende Simon Lambertz nicht im Sinne des StuPa geantwortet hat“, so die Internationale Liste gegenüber der aktuell. Erst eine Woche vor dem Interview stellte die Liste gemeinsam mit der Juso HSG den Antrag, sich explizit gegen rechtsradikales Gedankengut auf dem Campus auszusprechen. Namentlich seien die IB sowie die Junge Alternative genannt worden. Letztlich wurde der Antrag einstimmig angenommen. „Das an die IB gerichtete Dialogangebot steht in krassem Wider-



Aufkleber der neurechten Identitären Bewegung tauchten an der RUB auf, nun will der AStA-Vorsitzende mit ihnen reden. Das sorgt für Streit in der Hochschulpolitik. (Foto: Sven Seller/flickr.com/CC-BY-NC-ND 2.0)

spruch zu gleich zwei Beschlüssen des Studierendenparlaments, in denen der AStA damit beauftragt wurde, sich öffentlich von der IB zu distanzieren und über deren rechtsradikale Ideologie zu informieren,“ pflichtet die Oppositionsliste GRAS – Grüne und Alternative Student*innen Bochum dem Antrag bei. „Als Vorsitzender des AStA ist Simon Lambertz an die einstimmig angenommenen Beschlüsse des StuPa gebunden“, so die GRAS.

Die hochschulpolitischen Listen distanzieren sich klar von der Dialogbereitschaft des Vorsitzenden. „Die Ruhr-Universität ist geprägt durch eine multikulturelle Studierendenschaft – rechtsradikale und menschenfeindliche Äußerungen haben auf unserem Campus keinen Platz“, heißt es von der GRAS. „Wenn der Vorsitzende des AStA mit Neonazis und Rassist*innen in den Dialog treten will, handelt er nicht im Sinne der Studierendenschaft, ganz im Gegenteil: ein solches Verhalten widerspricht allen Interessen einer toleranten und weltoffenen Hochschule.“ Die Internationale Liste erhebt den Anspruch an sich selbst, vor allem internationale Studierende zu vertreten und sich daher gegen den Rechtsruck stark zu machen. „Bewegungen, die Rettungsaktionen im Mittelmeer von Geflüchteten absichtlich sabotieren und damit den Tod von Menschen in Kauf nehmen und aktiv verursachen, wollen wir nicht als Gesprächspartner*innen“, führen sie aus. Im Sommer vergangenen Jahres wollte die IB gekenterte Geflüchtete an die Küste Libyens zurückführen. Die Aktion wurde jedoch nach wenigen Wochen beendet, schließlich hatten die der nicht IB zugehörigen Crewmitglieder sogar Asyl auf Zypern beantragt. „Wenn diesen Gruppen nun eine öffentliche Bühne geboten wird, kommt dies einer Unterstützung gleich“, meint die GRAS.

„Aufklärungsarbeit über sie anstatt mit ihnen“

Nicht nur in Bochum ist die IB aktiv. Begonnen in Frankreich, mobilisieren sie in vielen euro-

päischen Großstädten gegen Zuwanderung und Flucht. Sie codieren verschwörungsideologisch NSDAP-Propaganda. Was im Nationalsozialismus noch „Umvolkung“ hieß, nennt die IB nun „den großen Austausch“, bei dem vermeintliche Elite die Auflösung von nationalen Identitäten planen würden. Statt „Ausländer raus!“-Rufen versucht man selbiges eloquenter zur Kaschierung ihres Rassismus zu formulieren, sagt auch der Sozialarbeiter und Soziologe Jerome Teibing, der Experte für die extreme Rechte und IB ist. „Die Identitären versuchen sich gerade in letzter Zeit immer wieder als harmlose NGO zu inszenieren über deren Positionen diskutiert werden kann“, erläutert er. „Letztlich versuchen sie hierdurch einerseits ihren Rassismus, Antifeminismus und vielfach auch Antisemitismus zu verschleiern, andererseits aber sollen dadurch Positionen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit als scheinbare Diskussionsobjekte legitimiert werden.“

Teibing verweist auf interne Papiere der IB, aus denen hervorgehe, dass sie in rhetorischen Schulungen ihren Mitgliedern Manipulationskünste lehren würden. „Die vielfach vorherrschende Ansicht, dass Rechte sich mit den besseren Argumenten letztlich einfach zum Besseren ‚bekehren‘ lassen könnten, ist allein deswegen schon hinfällig“, so der Soziologe. Von einem Dialog mit den Rechten – wie ihn Lambertz vorschlägt – rät Teibing ab: „Diese Rhetorik kann zwar auch durch eine öffentliche Diskussion mit ihnen offenbart werden, zielführender scheint jedoch die konsequente Aufklärungsarbeit über sie anstatt mit ihnen.“ Als Gegenstrategie würden sich Identitäre als Opfer inszenieren und mit Schlagworten wie „Multikulti“ oder „Mainstreampresse“ den „linken Mainstream“ in die vermeintliche Täterrolle stellen. Dem widerspricht Teibing vehement: „Die Identitären sind keine Opfer, denn vielmehr ein wichtiger Akteur innerhalb des gerade stattfindenden autoritär-reaktionären gesellschaftlichen Umbaus.“ [fro]

Mensalust oder Kantinenfrust?

Das Geschirr klappert, Menschenmengen schieben, heißer Dampf steigt Richtung Decke, der randvoll mit Büchern angefüllte Rucksack zieht einen gen Boden. Schweiß sammelt sich unter der Winterjacke, eine Warteschlange vor der Kasse, kein Tisch mehr frei, lautes Stimmengewirr. Ein Mensabesuch kann stressig sein, diese Erfahrung haben vermutlich bereits alle Studierenden und Schüler*innen gemacht. Wie sehr das hektische Kantinengewusel als störend, beunruhigend oder sogar beängstigend empfunden wird und welche Konsequenzen daraus gezogen werden, ist jedoch sehr individuell.

„Ich hab mich da seit Tag eins unwohl gefühlt. Es ist meist super voll und man fühlt sich bedrückt und ständig könnte jemand hinter einem sein, den man kennt und vielleicht auch nicht mag. So kann man nicht in Ruhe essen. Wenn ich denn mal dort bin, bin ich die meiste Zeit dabei, zu versuchen mich zu beruhigen. Lohnt sich also erst gar nicht“, schildert Jasmin*, Studentin an der Universität Duisburg-Essen, ihre Beziehung zur hiesigen Mensa. Ihren Alltag könnte das einschränken, wenn sie an der Uni lernen, aber nicht in der Mensa essen gehen wollen würde. Sie dort mittags verpflegen würde sie nur, falls „eine grosse Gruppe an Freunden wirklich unbedingt da hin möchte“. Das Unwohlsein in einer vollen Mensa bemerke sie auch körperlich: „Herzrasen habe ich vielleicht nicht, aber ich spüre meinen Puls stärker und mein Gesicht wird warm, meine Hände aber kalt und steif.“

Sebastian*, ebenfalls Student an der UDE, fühlt sich im Kontakt mit neuen Leuten schnell verunsichert und versucht es zu vermeiden, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. „Dieses unwohle Gefühl kann schon dadurch kommen, dass ich teilweise unsicher bin, wie ich mich möglichst unauffällig verhalte. Im Beispiel der Mensa: wenn es keinen leeren Tisch mehr gibt – soll ich woanders hingehen oder mich einfach dazu setzen beziehungsweise zu wem soll ich mich setzen?“, schildert er seine Gedanken. „Abgesehen davon, dass ich wenig Kontakt zu anderen Studenten habe und – wie wahrscheinlich viele andere auch – keine Fragen stelle, auch wenn ich etwas nicht ganz verstanden habe, schränkt es mich eher weniger ein.“ Doch manche Dinge wären einfacher, wenn er dieses Problem nicht hätte, vermutet Sebastian.

Cem* studiert an der Technischen Universität Dortmund und war in fünf Semestern bisher zweimal in der Mensa – ohne etwas zu essen. Er fühle sich dort total gestresst: Am liebsten renne ich direkt wieder raus. Auch die Luft ist teilweise sehr unangenehm durch das ganze warme Essen und die Menschenmassen.“ Der Mensaverzicht schränke ihn nicht ein: „Die TU Dortmund bietet unendliche Alternativen.“ Außerdem koche er viel selbst und achte auf eine ausgewogene Ernährung.

Vermeiden als Strategie

Die Gründe für ihr Unwohlsein sind verschieden: Sebastian befürchtet, angesprochen zu werden,



Mensastress: Wo ist noch ein Platz frei? (Foto: lenz)

Jasmin mag es nicht, vor unbekannt Menschen zu essen und für Cem sind überfüllte Orte allgemein zu stressig. Alle drei meiden die Mensa – gehen aber unterschiedlich damit um. Jasmin rede allgemein nicht über ihr Unwohlsein, weshalb Freund*innen oder Familie darüber nicht Bescheid wissen. Sebastian würde darüber sprechen, „es weiß fast niemand, dass ich noch nicht in der Mensa war, weil eigentlich keiner danach fragt und ich auch nicht das Bedürfnis hab, mit jemandem darüber zu reden, dass ich noch nicht da war“. Cem ist hingegen sehr offen: „Meine WG-Bewohner fragten mich ab und zu, ob ich mit in die Mensa möchte, ich lehnte es jedoch immer dankend ab. Ich hatte mal erwähnt, dass ich mich in der Mensa unwohl fühle und bewusst die Menschenmasse meide.“ Negative Reaktionen habe er bisher nicht erhalten, er stoße „meistens auf Verständnis. Ich meine, jeder Mensch ist individuell. Was sollen die schon davon halten?“

Lars Althoff ist ein in Essen ansässiger Psychologe und ausgebildeter Psychotherapeut. Während und nach seinem Studium hat er in der Christoph-Dornier-Stiftung in Bielefeld gearbeitet, einer Spezialeinrichtung für die Behandlung von Ängsten. Patient*innen, die unter Unwohlsein in Mensen oder Cafeterien leiden, seien bisher noch nicht zu ihm gekommen. „Als Angsttherapeut muss ich ganz klar sagen, dass man sich Situationen stellen sollte – wenn man wirklich eine Angst hat. Weil bei Angst in der Mensa, wenn es eine unbegründete Befürchtung ist, eine Konfrontation die einzige Möglichkeit ist, sie zu bewältigen. Wenn es nur ein Unwohlsein ist oder man sich dort nicht so gut fühlt, dann kann auch eine Vermeidung okay sein. Vermeidung ist ja immer ein Schutz“, so Althoff. Auch Sebastian sucht manchmal die Konfrontation mit seinen Befürchtungen: „Ich habe nicht vor, mir dafür professionelle Hilfe zu holen, da ich auch

so ganz gut zurecht komme. Ich überlege manchmal mich bewusst in solche unangenehmen Situationen zu begeben, um zu lernen damit umzugehen beziehungsweise um zu sehen, dass es keinen Grund gibt, nervös zu sein und dann – hoffentlich – auch in ähnlichen Situationen ruhig bleiben zu können.“

„Woran ich gedacht habe, was die Gründe sein könnten, das wären Menschen, die Schwierigkeiten haben vor anderen Menschen zu essen. Das wäre im Rahmen einer sozialen Phobie zum Beispiel der Fall. Wenn es die Befürchtung von Bewertungen der anderen gibt oder die Angst, dass etwas unangenehm ist“, erläutert Althoff einen möglichen Grund für die Abneigung. „Eine weitere Variante wären agoraphobe Ängste – Agoraphobie, mit oder ohne Panikstörung. Da bezieht sich die Angst darauf, in einem eingeschlossenen Raum zu sein. Die Mensa könnte so eine Situation, die gemieden wird, sein – aber auch Kinos und Theaterräume“, so der Psychologe.

Ein weiterer Grund für Angst vor Nahrungsaufnahme in der Öffentlichkeit ist die Emetophobie, „eine sehr spezifische Phobie ist zum Beispiel die Angst zu Erbrechen vor anderen und daher dann auch vermeiden, vor anderen Menschen zu essen.“

Entscheidender Faktor: Leidensdruck

Pauschalisieren und Pathologisieren, das hilft im Umgang mit der individuellen Problematik definitiv nicht. „Das ist auch immer ein Kriterium für die Diagnose: dass eine subjektive Beeinträchtigung, ein Leidensdruck, vorliegen muss. Wenn das nicht vorherrscht, kann man das auch letztlich nicht in eine klinische Kategorie oder Diagnose fassen. Wir haben ja alle irgendwelche Ängste oder Unbehagen, eine Anspannung, mit der man aber gut leben kann“, meint auch Althoff und führt ein Beispiel an: „Wie viele Menschen haben eine ausgeprägte Flugangst, leben damit aber gut und fahren mit dem Auto in den Urlaub?“

Doch auch wenn sie anfangs banal und nicht als schwerwiegend erscheinen, Ängste können sich ausbreiten: „Ich habe auch Patienten schon erlebt, die mit einer ausgeprägten Angst kamen – sie haben aber auch erst Jahre bestimmte Dinge vermieden und dadurch wurden dann Situationen schwieriger oder die Ängste haben sich dann ausgebreitet. Vielleicht war es erst die Mensa, dann sind es alle Restaurants oder man kann nur noch zu Hause essen. Und dann entsteht irgendwann der Leidensdruck und die Leute kommen in die Therapie.“ Um das zu verhindern empfiehlt Althoff die Konfrontation – und das müsse nicht zwangsläufig im Rahmen einer Therapie erfolgen: „Vielleicht kann man das auch mit Freunden gemeinsam machen oder auch zu einer psychologischen Beratung in die Uni gehen.“ [lenz]

*Namen von der Redaktion geändert

17 Jahre ohne Lohnerhöhung

Die studentischen Hilfskräfte (SHKs) der Berliner Hochschulen legten vom 23. bis zum 25. Januar mit einem Warnstreik ihre Arbeit nieder. Etwa 1.000 studentische Beschäftigte beteiligten sich im Anschluss an einem Demonstrationzug zur Technischen Universität Berlin. Sie kämpfen für einen besseren Tarifvertrag.

„SHKs sind traditionell wichtig, da sie den Lehr- und Forschungsbetrieb unterstützen. Gleichzeitig ermöglichen sie dem wissenschaftlichen Nachwuchs eine frühzeitige Einbindung in die akademischen Abläufe“, erklärt Beate Kostka, Pressesprecherin der Universität Duisburg-Essen (UDE), die Bedeutung von studentischen Beschäftigten. Seit etwa einem Jahr verhandeln in Berlin die SHKs, vertreten durch ver.di und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), mit den dortigen Hochschulen. Ihr Ziel: Ein gerechter Tarifvertrag.

Insgesamt 14 Forderungen hat die gemeinsame Tarifkommission der SHKs in ihrem Positionspapier verankert. Unter anderem: Erhöhung des Stundenlohns von 10,98 Euro auf 14 Euro, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für bis zu insgesamt 26 Wochen sowie die Ankopplung an die Lohnentwicklung der anderen Hochschulbeschäftigten. „Der Betrag von 14 Euro entspricht dem Ausgleich der historischen Inflation seit der letzten Lohnanpassung im Jahr 2001“, begründet die gewerkschaftliche Tarifkommission die Forderung. Zudem müsse beachtet werden, dass die Lebenshaltungskosten jährlich ansteigen.

Das aktuelle Angebot der Berliner Hochschulen umfasst eine stufenweise Erhöhung des Stundenlohns. „Rückwirkend ab 1. Januar 2018 auf 12,13 Euro, ab 1. Januar 2020 auf 12,35 Euro und ab 1. Januar 2022 auf 12,50 Euro. Dies bedeutet insgesamt eine Erhöhung um 13,84 Prozent!!!“, so der Kanzler der Alice Salomon Hochschule Berlin, Andreas Flegl. Darüber hinaus akzeptiere man die Forderung von 30 statt bisher 25 Tagen Erholungsurlaub. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall solle von bis zu sechs auf acht Wochen angehoben werden. Vor allem aufgrund der fehlenden Ankopplung an die Lohnentwicklung anderer Hochschulbeschäftigter sieht die Tarifkommission hierin kein angemessenes Angebot.

Wenig Verständnis

Susanne Stumpfenhusen, Landesbezirksleiterin der Gewerkschaft ver.di, stellt klar: „Wenn die Hochschulleitungen eine weitere Eskalation verhindern wollen, dann müssen sie endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorlegen. Ansonsten war das hier nur der Auftakt.“ Nach dem dreitägigen Warnstreik möchten die Gewerkschaften den Hochschulen nun ein paar Tage Zeit geben – mit der Hoffnung auf ein neues, besseres Angebot. Für den 2. Februar lädt die Tarifkommission zum „Tag der Entscheidungen“ ein, um „sich mit der Basis rück[z]ukoppeln und [...] gemeinsam über weitere Streiktage und die Möglichkeiten eines



SHKs in Berlin fordern höhere Löhne – die Studierenden an der UDE bald auch? (Symbolbild: caro)

Erzwingungsstreiks [zu] diskutieren.“

Während sich die Humboldt-Universität zu Berlin nicht zu den laufenden Tarifverhandlungen äußern möchte, erklärt Andreas Flegl weiter: „Ich kann – ehrlich gesagt – nicht verstehen, wie sich die offenbare Unzufriedenheit der Studierenden begründet. Dieses Angebot kann sich auch bundesweit sehen lassen.“ Zudem müssten höhere Löhne auch gegenfinanziert werden. Das Argument, die Hochschulen hätten kein Geld, lassen ver.di und GEW jedoch nicht gelten: „Seit 2010 sehen die Hochschulverträge jährliche Steigerungen für die Löhne der studentischen Beschäftigten vor – dafür haben die Hochschulen auch gemäß den Hochschulverträgen Geld bekommen. Nur davon ist bisher nichts bei uns angekommen.“

Die Situation an der UDE

An der UDE haben die aktuell 1.559 beschäftigten studentischen Hilfskräfte im Vergleich zu ihren Berliner Kolleg*innen nicht nur in punkto Stundenlohn das Nachsehen, sie haben – wie auch in den restlichen Bundesländern – keinen Tarifvertrag. Bei der Vergütung orientiert sich die Hochschule an den Richtlinien der Tarifgemeinschaft der Länder. Daraus ergeben sich momentan zehn Euro pro Stunde. Da sich der Lohn ab dem 1. April um 50 Cent erhöhen wird, geht Pressesprecherin Kostka „nicht unbedingt“ davon aus, dass sich die hiesigen SHKs bald ebenfalls um bessere Verträge und höhere Löhne einsetzen werden. Die letzte Lohnerhöhung erfolgte am 1. April 2016.

Seit Mai 2016 gibt es an der UDE auch eine gewählte Interessensvertretung. Die Vertreter*innen Erik Wenker und Laura Dinnebieer kümmern sich um Anliegen rund um Vertrags- und Arbeitszeiten sowie Urlaubsansprüche. Erreichbar sind sie per E-Mail unter shk-vertretung@uni-due.de. [caro]

Bilden!

Alle wollen wohnen



Bezahlbare Wohnungen sind mittlerweile zu einer Mangelware geworden. Mit der Ausstellung „Alle wollen wohnen. Gerecht. Sozial. Bezahlbar“ stellt das M:AI aktuelle Verhältnisse dar. Inhaltlich möchte man sich zudem der Mobilisierung von dem ebenfalls knappen Bauland in NRW widmen. Anmeldungen zur Eröffnung müssen vorher via E-Mail an info@mai.nrw.de weitergegeben werden.

➤ **Mittwoch, 31. Januar, ab 18 Uhr, Zeche Zollverein (Schacht 12, Halle 5), Eintritt frei**

Noch mehr Bilden!

Deutsch-israelische Beziehungen

In einem Vortrag skizziert der Jerusalemer Journalist Ulrich Sahn die deutsch-israelischen Beziehungen vom ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) bis hin zur amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sowie zum Bundesaußenminister Sigmar Gabriel. Doch auch die Kollaboration des Muftis von Jerusalem mit dem nationalsozialistischen Regime wird thematisiert.

➤ **Donnerstag, 1. Februar, 19 bis 22 Uhr, Leo-Baek-Saal der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, Düsseldorf Zietenstraße 50, Eintritt frei**

Bejubeln!

Super Bowl

An alle Football-Fans: Auch in diesem Jahr überträgt der Fachschaftsrat Sozialwissenschaften wieder den Super Bowl live im AStA-Keller am Campus in Duisburg. Fürs Feeling gibt es die Traditions-Hotdogs, jede Menge fun fun und das Endspiel der NFL zwischen New England Patriots und Philadelphia Eagles zu sehen. Eure Bier müsst ihr euch allerdings selbst mitbringen. Ihr seid bereits ab 22 Uhr herzlich willkommen.

➤ **Sonntag, 4. Februar, 22 bis 5 Uhr, AStA-Keller, Campus Duisburg, Eintritt frei**

Wenn man sich wie im falschen Vortrag fühlt



Gegen die Islamische Republik Iran geben derzeit viele Menschen auf die Straße. (Symbolbild: BRIT)

„Propaganda und Uninformiertheit“ waren Vorwürfe, die promovierte Iranistin Golrang Khadivi am vergangenen Mittwoch, 24. Januar, nach ihrem Vortrag über „Frauen*rechte im Iran“ zu hören bekam. Dieser fand im Rahmen des Jahresprojekts „Fluchtursachen“ der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum e.V. (mfh) im Bahnhof Langendreer statt. Nicht nur die Zuhörer*innen waren irritiert.

„Ich fühle mich als wäre ich auf der falschen Veranstaltung. Beinahe auf einem Propaganda-Abend für Rohani“, sagt ein älterer Mann in der anschließenden Diskussionsrunde. Seine Aussage erhält Zustimmung im Saal. Einige nicken, wenige Zuhörer*innen klopfen auf den Tisch. Die Veranstaltung ist gut besucht. Alle Stuhlreihen sind besetzt, weitere Interessierte häufen sich um Stehtische und an der Theke. Den Fokus in ihrem Vortrag legt die gebürtige Iranerin Khadivi auf die Fluchtursachen und Perspektiven von Frauen* im Iran. Derzeit forscht sie an der Universität Hamburg zu Genderfragen in der islamischen Republik. Im Jahr 2017 stellten 7.795 Iraner*innen einen Antrag auf Asyl in Deutschland. Womit Iran auf Platz sechs der Herkunftsländer landet. Die Liste der Missstände, die Menschen dort zur Flucht zwingen, wirkt nahezu endlos: Menschenrechtsverletzungen, die Verfolgung von religiösen und ethnischen Minderheiten, Hinrichtungen, Folter, Ermordungen in Haftanstalten und nicht zuletzt die Unterdrückung von Frauen*.

Gendergleichheit unmöglich?

„Sie ist komplex“, treffender hätte Maren Wenzel, Projektkoordinatorin der mfh und ehemalige aktuell-Redakteurin, die Situation für Frauen*rechte im Iran nicht beschreiben können. Seit Anfang dieses Jahres sorgen Proteste im Land, die auch von Frauen*rechtsak-

tivistinnen genutzt werden, für internationales Aufsehen. Gestartet sind sie bereits im Mai 2017 mit der Internet-Aktion „White Wednesday“, organisiert von der Exil-Journalistin Masih Alinjad und ihrer Gruppe „My Stealthy Freedom“. Als Zeichen ihres Protests sammeln sie Fotos von Frauen* in weiß oder mit weißem Kopftuch und veröffentlichen diese im Netz. Besonders viral ging ein Video, auf dem eine Aktivistin zu sehen ist, die ihr weißes Kopftuch wie eine Fahne an einem Stock schwenkt. Später berichtete Masih Alinjad auf Social Media über die Verhaftung dieser Frau und dass sie nach ihrer Freilassung bis heute verschwunden sei. Für ihr Engagement gewann die Exil-Journalistin Alinjad den UN-Preis für Menschenrechte.

Rohanis Versprechen im Wahlkampf

Als die Referentin Khadivi über die Perspektiven der Frauen* im Land spricht, kommt sie zu den „staatlichen Bekleidungsregeln“ und relativiert die politischen Proteste: Derzeit würden Frauen damit „spielen“. Während schwarz verschleierte Frauen von ihren Männern unterdrückt würden, wollten Frauen mit weißen und farbigen Schleiern und Kopftüchern „ihrer Identität und Persönlichkeit neuen Ausdruck verleihen“. Außerdem würde es sich dabei „nicht unbedingt“ um einen „politischen Ausdruck oder gar Widerstand handeln“. Es klingt fast so, als könnte man es als eine Art modische Neuinszenierung fernab von jedem politischen Zwang verstehen. Sie schwankt von einer wenig fundierten Aussage zur Nächsten. Natürlich würden Frauen* strukturell diskriminiert und geschlechtsspezifisch verfolgt werden, die Zahl der Sittenwächter sei mit dem Machtantritt von Staatspräsident Hassan Rohani aber spürbar zurückgegangen. Statistiken oder andere Belege nennt sie nicht. „Die Schminke gehört zum alltäglichen Leben von Iranerinnen und das Kopftuch ist

kein islamisches Symbol mehr“, fügt sie hinzu – ohne sich zu erklären. Hinsichtlich Bildung und Berufstätigkeit habe Rohani auch einige Wahlkampfversprechen erfüllt. Frauen* würden in Bewerbungsverfahren der Studiengänge Naturwissenschaften, Kunst und Sprachen jedes Jahr die vorderen Plätze belegen und die besseren Abschlüsse erlangen. „Die Anzahl der weiblichen Führungskräfte ist inzwischen höher als in Deutschland.“ Und auch das Sport treiben gehöre mittlerweile zum Alltag, was man insbesondere an neu errichteten Sportzentren und kostenlosen Fitnessgeräten in Parkanlagen sehen könnte. Für all ihre Aussagen vergisst sie weiterhin Belege.

Des Weiteren widerspricht sie sich an einigen Stellen. Die Iraner*innen würden sich einen Wandel wünschen; sie seien bereit für die Demokratie und freie Wahlen. Bereit, um auf Augenhöhe mit der Welt zusammenzuarbeiten. Dass die Anzahl der Hinrichtungen insbesondere unter Staatspräsident Rohani in den vergangenen Jahren angestiegen ist, spielt für sie in dieser Bewertung wohl keine Rolle – auch wenn sie diese selbst benennt.

Konservative Politikerinnen als Zeichen der Gleichberechtigung?

Endgültig verliert das Publikum dann die Geduld als die Wissenschaftlerin vier Frauen in Regime-Positionen vorstellt. Nach der islamischen Revolution im Jahr 1979 sei das schließlich eine Premiere. Eine Frau nimmt im Anschluss dazu Stellung: „Es ist sehr fraglich inwiefern diese Frauen liberalen und säkularen Frauen auf der Straße, die massiv eingeschränkt werden, weiterhelfen können.“ Deren gänzlich unkritische Vorstellung wurde auch von Veranstalterin Wenzel kritisiert und zurückgemeldet. Wie auch das Wording der Wissenschaftlerin. „Ich finde es äußerst problematisch und nicht richtig, von einer Regierung und nicht von einem Regime zu sprechen. Auch im wissenschaftlichen Kontext nicht“, so Wenzel.

Dass Khamenei als Revolutionsführer uneingeschränkte Machtbefugnisse über alle politischen und religiösen Institutionen im Land besitzt, sagt Khadivi selbst als sie wegen ihrer Auswahl der konservativen Politikerinnen kritisiert wird: „Es gibt nur Reformerrinnen in politischen Ämtern und diese Frauen müssen auch die Bekleidungsregeln einhalten, sonst verlieren sie ihre Positionen.“ Schließlich sei die geistliche Obrigkeit auch im Stande über den Kopf von Rohani hinweg zu handeln und Politiker*innen auszusortieren. Dieser Vortrag gleicht einer wilden Achterbahnfahrt der Gefühle. Auch wenn die Argumentationen an diesem Abend völlig unklar und schwammig verlaufen, sind sich alle Anwesenden in zumindest einer Sache einig: Eine Realisierung einer gendergerechten Gesellschaft im Iran ist immer noch nicht vorstellbar. [BRIT]

Zurück nach Afghanistan - und dann?



„Stoppt Abschiebungen“, forderten 300 Demonstrant*innen von der Bundesregierung. (Foto: lys)

Am Dienstag, 23. Januar, fand die neunte Sammelabschiebung nach Afghanistan statt, zum zweiten Mal vom Düsseldorfer Flughafen aus. Etwa 300 Personen demonstrierten dort ab 17 Uhr dagegen: Das Flugzeug hob trotzdem ab. Der Bundesregierung zufolge kamen letztlich 19 Personen in Kabul an – betitelt als „Straftäter, Gefährder und Identitätsverweigerer“. Vergangene Woche erlebte Afghanistan zwei Anschläge, die Sicherheitslage und die wirtschaftliche Situation machen den Ankommenden das Sichern ihrer Existenz kaum möglich – der Protest gegen die Rückführungen nach Afghanistan geht weiter.

„Es gibt keine sichere Region in Afghanistan, eine jede Abschiebung dorthin ist unverantwortlich“, sagt auch Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW. Den Verweis auf die (potenziellen) Straftäter, die Deutschland verlassen müssen, kommentiert sie so: „Die Menschenwürde und das Recht auf Leben gelten für Jeden – immer und ausnahmslos. Nichts kann rechtfertigen, Menschen einer konkreten Lebensgefahr auszusetzen.“ Laut dem Jahresbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden seit Dezember 2016 mit den Sammelabschiebungen 155 Männer, darunter auch Asylbewerber, deren Anträge rechtskräftig abgelehnt worden sind, nach Afghanistan gebracht. Im Rücknahme-Deal mit der afghanischen Regierung wurde festgesetzt, dass bloß 50 Personen mit einem Flugzeug ankommen dürfen – geplant für Düsseldorf waren jedoch 80, von denen sich mehr als 60 Menschen der Abschiebung entziehen konnten.

Zum Protest am 23. Januar rief vor allem die Geflüchteteninitiative Nedaje Afghan – Afgha-nischer Aufschrei auf, aber auch Gewerkschaften, Antifaschistische Gruppen, linke Parteien und Schüler*innen- und Studierendengruppen auf. Mehr als 300 Personen fanden sich am Terminal B des Düsseldorfer Flughafen bei der angemeldeten Demonstrationen. Die Auflagen der Polizei erlaubten keine Näherung an das

Gate, die Redebeiträge wurden von einigen Gruppenmitgliedern der teilnehmenden Initiativen innerhalb der Haupthalle gehalten. Kritisiert wurde die Europäische Union, die sich Menschenrechte auf die Fahne schreibt und sie durch solche Abschiebungen wieder verneint. Symbolisch wurden beim Protest die Menschenrechte begraben, indem weiße Kreuze auf den Boden gelegt wurden. Von der Düsseldorfer Bezirksschüler*innenvertretung wurde die Abschiebepaxis als Einführung einer potenziellen Todesstrafe bezeichnet. Ein Geflüchteter namens Ahmed sprach darüber, dass der „Protest weitergehen sollte, damit jeder Afghane und jeder Mensch aussuchen kann, wo er oder sie leben will“. Orangene Blumen werden an die Fluggäste verteilt, von denen jede einen Menschen darstellen soll, der nach Afghanistan abgeschoben wurde. Für jede Ansprache gibt es deutsch-arabische Übersetzungen. Als das Flugzeug hochgeht, wird gebeten sich einige Minuten zu setzen und zu schweigen. Der Protest löst sich gegen 19 Uhr auf.

Einzelfälle?

Nur einen Tag nach der Abschiebung erfolgte ein Angriff auf die Hilfsorganisation Save the Children im Osten Afghanistans. Am Samstag, 27. Januar starben mehr als 103 Menschen bei einem Anschlag im Zentrum Kabuls, 235 wurden verletzt. Ein mit „Sprengstoff beladener Krankenwagen [...] steuerte in das schwer gesicherte Viertel, sie passierten unbehelligt einen der Kontrollpunkte“, schreibt die *tagesschau*. Das Attentat „erschütterte die gesamte Innenstadt“, über Kabul stieg eine Rauchwolke auf.

Bei einer Pressekonferenz vom 24. Januar sagt der Sprecher des Bundesinnenministeriums Johannes Dimroth über die nach Afghanistan geschickten Personen, dass die „Straftaten, die hier in Rede standen, unter anderem schwerer sexueller Missbrauch von Kindern, Vergewaltigung, Körperverletzung, Diebstahl und Missbrauch von Betäubungsmitteln [waren]“. Als ein Journalist nach „Nachsorge, Übergabe, Kooperation mit Behörden und Maßnahmen“ fragt, erläutert Dimroth „einen sehr vernünftigen Informationsaustausch mit den afghanischen Behörden“, und meint weiter: „Was dann vor Ort passiert, das entzieht sich tatsächlich der Einflussnahme Deutschlands“. Auf den Verweis eines kör-

perlich eingeschränkten 20-jährigen, am Vortag abgeschobenen Mannes, der bei seiner Schwester in München lebte, bis er nach Düsseldorf zur Sammelabschiebung berufen wurde, antwortet Dimroth: „Ob in einem Einzelfall aufgrund der körperlichen Verfassung eines Betroffenen eine Abschiebung als verhältnismäßig erscheint oder nicht [ist] Aufgabe der Länder.“ Weiter berichtet er: „Neben den [...] 13 Straftätern waren ein Gefährder und fünf sogenannte Identitätsverweigerer dabei.“

Ein weiterer, 17-jähriger von der Sammelabschiebung Betroffener beschwerte sich beim BAMF mithilfe seiner Anwältin darüber, dass seine Familie eigentlich im Iran lebe. Es wird außerdem in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* von Bedrohung der Rückkehrten aus Europa berichtet, weil sie „verwestlicht“ seien und damit dem Feind zugeordnet werden – auch von Seiten der zivilen, afghanischen Gesellschaft.

Deutsche Afghanistanpolitik

Anfang 2016 tauchen EU-Dokumente auf, die davon berichten, die Entwicklungshilfe als Druckmittel an die afghanische Regierung zu nutzen, um Migrationsbewegungen wegen der wirtschaftlichen und sicherheitsbedingten Lage zu verhindern. Das 4-Millionen-Abkommen folgte im Oktober. Rückführungen nach Afghanistan werden seit Dezember 2016 von der Bundesrepublik durchgeführt. Im selben Monat beschloss der Bundestag den weiteren Einsatz von etwa 1 000 Soldat*innen in Afghanistan. Im Februar 2017 verstärkten sich die Sammelabschiebungen, im August folgte dann ein Regierungsbericht, der regional Sicherheit versprach und es folgte die erneute Bekräftigung der Abschiebepaxis. Kurzzeitig wurden wegen einem Anschlag auf das Kabuler Diplomatenzentrum Abschiebungen ausgesetzt, sogenannte „Straftäter“ und „Identitätsverweigerer“ dürfen weiterhin nach Kabul transportiert werden. Nedaje Afghan berichtet im Aufruf für die Demonstration, dass die Zuschreibung als „Straftäter“ und „Identitätsverweigerer“ schon mehrmals widerlegt worden seien.

Bundesinnenminister De Maizière plädiert nun für eine neue Regelung, in der der Vollzug von Asylverfahren durch den Bund organisiert werden sollte statt durch die Länder, um Rechtswege zu verkürzen und die Verfahren zu beschleunigen. Damit könnten durch die Länder keine Abschiebestopps mehr verhängt werden. In den Verhandlungen über eine Neuauflage der Großen Koalition fordert die CSU, ohne Bericht und trotz der aktuellen Sicherheitslage die Abschiebungen nach Afghanistan auszuweiten. [lys]

Zeitungsredakteur*in gesucht!



Die akduell ist die studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet. Wir verstehen uns als Lernredaktion. Du kannst bei uns deine ersten, zweiten oder dritten Schritte als Journalist*in machen. In einem Team von neun Redakteur*innen erstellen wir bisher in der Vorlesungszeit wöchentlich und in der vorlesungsfreien Zeit zweiwöchentlich eine achtseitige Zeitung aus studentischer Perspektive.

Die Zeitung wird montags von fünf Redakteur*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, mittwochs findet eine Redaktionssitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt. An diesen Tagen solltest du also nicht verhindert sein. **Ab April stehen umfassende Veränderungen bei unserer Zeitung an, über die wir euch im Bewerbungsgespräch aufklären werden.** Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gern mit maximal drei beigefügten Textproben von dir, bis einschließlich **Donnerstag, den 8. Februar 2018**, an: vorsitz@asta-due.de. **Bitte scheut euch nicht eure Bewerbung einzureichen, auch wenn ihr keine oder nur wenig Erfahrung habt.**

Was ihr mitbringen solltet:

- erste journalistische Erfahrungen und/oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten
- ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherche
- Stressresistenz bei Zeitdruck und Bereitschaft zur Diskussion
- Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten
- Erfahrung mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und WordPress und/oder die Bereitschaft, diese Fähigkeiten mit Hilfe der Redaktion zeitnah zu erlernen
- Verbundenheit zur Studierendenschaft und eine klare Haltung gegen jegliche Diskriminierung
- Kenntnisse oder Interesse an Kultur, Forschung, Studium, Sport, Hochschulpolitik studentischen und emanzipatorischen Initiativen lokal und regional
- Großes Engagement, Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitzuarbeiten

Was wir euch bieten:

- Ein Zeichengeld von 3 EUR pro 500 Zeichen
- Ein Honorar von 70 EUR pro Produktion
- Ein Honorar von 30 EUR pro Online-Redaktion
- Ein Honorar von 20 EUR pro Foto

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: akduell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Dennis Pesch (dpe), Lorenza Kaib (lenz), Philipp Frohn (fro), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys), Britta Rybicki (BRIT)

V.i.S.d.P.: Lea Sleiman (lys)

Auflage/Druck: 3.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

	3	8	7	5	
8	2		5	1	3
	5			7	
	1	7	3		
6		9			2
	7	4	8		
1			4		
3	8	4		9	1
2		7	1	5	

WOHNHEIMGESCHICHTEN

